

Thüringer Allgemeine vom 12.04.2010

Wohnen

Vor einem drastischen Mangel altersgerechter Wohnungen in Deutschland warnt die Industriegewerkschaft Bau- und Agrar-Umwelt (IG BAU). Nur etwa 250 000 Wohnungen seien derzeit seniorengerecht ausgebaut, sagte der IG-BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Bis 2020 würden jedoch rund 800 000 altersgerechte Wohnungen benötigt. Bereits in zehn Jahren seien 13,6 Millionen Menschen in Deutschland 70 Jahre oder älter.

Die ambulante Pflege setze in vielen Fällen ein seniorengerechtes Sanieren der Wohnung voraus. „Wenn ältere Menschen wegen mangelnder Barrierefreiheit in der eigenen Wohnung nicht mehr ambulant gepflegt werden können, bleibt nur die Unterbringung in Pflegeheimen“, sagte Wiesehügel. Dies bedeute, dass die Menschen ihr vertrautes Wohnumfeld verlassen müssten. „Gleichzeitig verursachen teure Heimaufenthalte enorme Kosten“, fügte er hinzu. Dies wiederum belastete die Sozialversicherungsträger und den Staat. ddp

Thüringische Landeszeitung vom 13.04.2010

Viele Wohnungen stehen bald leer

Experten: Stadtumbau muss weitergehen

Erfurt. (tlz/mar) Eine neue Leerstandswelle sagt die Thüringer Wohnungswirtschaft (vtw) voraus. Grund ist die alarmierende demografische Entwicklung. Vtw-Chef Hans-Joachim Ruhland prophezeit, dass im Jahr 2060 in Thüringen fast jedes zweite Gebäude leer stehen wird. Außerdem würden zu diesem Zeitpunkt mehr als ein Drittel der Bewohner im Rentenalter sein.

Um so dringlicher ist es nach Meinung von Ruhland, den erfolgreich begonnenen Stadtumbau Ost fortzusetzen, um das Land auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten. Darüber hinaus sei der Stadtumbau ein Konjunktur-

paket für die deutsche Wirtschaft, insbesondere auch für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes. Seit den 90er Jahren wurden in Thüringen fast zehn Milliarden Euro investiert, nur noch zwölf Prozent der Wohnungen im Freistaat sind unsaniert. Seit Beginn des Förderprogramms wurden in Thüringen 40 000 Wohnungen vom Markt genommen. Der Erfolg: Thüringen wies Ende 2009 erstmals eine Leerstandsquote von deutlich unter zehn Prozent auf.

Ruhland bekräftigte die Notwendigkeit, die Altschuldenfrage endlich grundlegend zu regeln.

Abschied vom „Aufbau Ost“

FDP: Begriff trennt statt zu verbinden

Erfurt. (tlz/mar) Die deutsche Politik sollte Abschied nehmen von dem Wort „Aufbau Ost“. „Dieser Begriff wirkt trennend statt verbindend“, begründet der Thüringer FDP-Generalsekretär und Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth seinen entsprechenden Vorschlag. Alternativ sollte besser von der „Vollendung der Deutschen Einheit“ gesprochen werden. „Diese Bezeichnung für die Herausforderung in den neuen Ländern sollte auch von der Bundesregierung genutzt werden“, so Kurth.

Der für den Aufbau Ost in der FDP-Bundestagsfraktion zuständige Politiker bezieht

sich bei seinem Vorstoß auf die auslaufenden Finanzhilfen für die nächsten Jahre. Er fordert eine ernsthafte Debatte über die weitere Entwicklung, vor allem vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. „Nicht nur die direkte Abwanderung selbst schadet, sondern neuerdings die demografischen Folgen, denn es werden die Kinder in den neuen Ländern nicht geboren, deren Eltern vor 20 Jahren abgewandert sind.“ Aber, so Kurth, auch zahlreiche ältere Menschen wanderten ab, weil sie ihren Kindern folgten, um im Alter mit ihnen oder in ihrer Nähe leben zu können. **S. 2: Kommentar**

Thüringer Allgemeine vom 14.04.2010

Halle/Saale ist ärmste Großstadt Deutschlands

Hamburg ist die reichste,
Halle die ärmste Stadt
in Deutschland. Erfurt
liegt auf Platz 44.

ERFURT.

Die Hanseaten hatten 2007 das meiste Geld zur Verfügung: 23 366 Euro konnten sie ausgeben. Im Gegensatz dazu sah es in Halle an der Saale mau aus. Dort hatten die Menschen nur 14 019 Euro zur Verfügung. Auch in München, Stuttgart und Düsseldorf ging es den Bürgern finanziell sehr gut. Anders sieht es in den ostdeutschen Großstädten aus – denn nur die wurden erfasst. Vor dem Schlusslicht Halle an der Saale liegen Rostock, Magdeburg, Leipzig und auch Erfurt. Die Landeshauptstadt wird auf Position 44. geführt – einen Platz hinter Berlin.

Allerdings gibt es in Thüringen zahlreiche Städte, deren Bürger mehr Geld zur Verfügung hatten als etwa Erfurt. So konnten die Suhler im Jahr 2007 immerhin 17 392 Euro ausgeben, die Bürger im Wartburgkreis 16 562 Euro. Doch außer Erfurt wird auf der Liste keine Thüringer Stadt geführt.

Ermittelt wurde das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner für das Jahr 2007. TA

Nettoeinkommen privater Haushalte

Rang/Stadt	Euro
01. Hamburg	23 366
02. München	22 606
03. Stuttgart	22 071
04. Düsseldorf	22 055
05. Solingen	21 884
35. Chemnitz	16 057
41. Dresden	15 592
43. Berlin	15 342
44. Erfurt	14 850
45. Leipzig	14 648
46. Magdeburg	14 473
47. Rostock	14 465
48. Halle (Saale)	14 019

Drückende Altschulden

Erfurt. (tlz) Eine Anschlussregelung zur Altschuldenhilfe ist dringend erforderlich. Darauf hat der Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft (vtw) hingewiesen. Noch in diesem Jahr müssen in Thüringen über 3000 weitere Wohnungen vom Markt genommen werden, damit der bisherige Erfolg des Stadtbauprogramms Ost nicht in Frage gestellt wird. „Gibt es keine Anschlussregelung bei der Altschuldenhilfe, sind die Wohnungsunternehmen nicht in der Lage, die Umgestaltung der Städte weiter voranzubringen“, warnt vtw-Chef Hans-Jürgen Ruhland. Der Verband bietet der Bundesregierung auch die Unterstützung bei einem Gutachten zu der Altschuldenproblematik an, das jetzt in Auftrag gegeben werden soll.

Wachstum unter Schnitt

Thüringen wird 2010 hinterherhinken

Erfurt. (tlz/mar) Das Wirtschaftswachstum in Thüringen wird sich in diesem Jahr vermutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts bewegen. Davon geht die Erfurter Industrie- und Handelskammer (IHK) aus. Der Grund: Die Thüringer Wirtschaft ist weniger auslandsorientiert als die in Westdeutschland. In wichtigen Abnehmerländern der Thüringer Exporteure wie Italien, den USA oder Spanien, seien die Folgen der Finanzkrise noch deutlich zu spüren, so der Hauptgeschäftsführer der Erfurter Kammer, Gerald Grusser.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in

Deutschland hatten in ihrem Frühjahrsgutachten ein Wachstum in diesem Jahr von 1,5 Prozent und für 2011 von 1,4 Prozent vorhergesagt.

„Das Frühjahrsgutachten lässt keine Entwarnung zu“, erklärte auch Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD). Die Zahlen der Institute belegten, dass die Krise nicht überstanden sei. Er forderte die Bundesregierung zum Handeln auf: „Wir brauchen jetzt einen aktiven Staat, der in Bildung und Qualifizierung investiert und Anreize gibt für langfristige Investitionen in innovative und umweltfreundliche Technologien.“ **Wirtschaft**

820 Millionen Euro neue Schulden

Union und SPD legen Haushaltsstreit bei

■ Von Elmar Otto

Erfurt. (tlz) Die Neuverschuldung des Landes soll in diesem Jahr um von ursprünglich 880 auf 820 Millionen Euro gesenkt werden. Die Kürzungen sollen sich auf die Landesverwaltung beschränken. Darauf hat sich die Regierungskoalition von CDU und SPD geeinigt und nimmt damit nach eigenen Angaben mehr als 200 Änderungen am Entwurf der Landesregierung vor. Ursprünglich hatte CDU-Landtagsfraktionschef Mike Mohring die Ausgabefreude der SPD kritisiert und 200 Millionen Euro einsparen wollen.

Die Haushaltsstrukturkommission der Regierung soll für 2011 konkrete Sparvorschläge machen. Bis 2020 soll die Zahl der 53 000 Landesbediensteten signifikant gesenkt werden. Das Ziel seien 40 000 Beschäftigte, so Mohring.

Linke-Finanzexperte Mike Huster forderte, die 60 Millionen in Bildung, Soziales und Kultur zu investieren. FDP-Fraktionschef Uwe Barth hält das Einsparvolumen für „Kosmetik“. Seine Fraktion will im dreistelligen Millionenbereich sparen. Grünen-Fraktionschefin Anja Siegesmund kritisierte die Neuverschuldung als weiterhin „exorbitant hoch“. **Landesspiegel**

Pressespiegel vom 12.04. bis 17.04.2010

Thüringer Allgemeine vom 16.04.2010

Thüringer Wirtschaft wächst langsamer

Forschungsinstitute sehen Konjunkturbelebung in Deutschland / Abhängigkeit von Export-Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft setzt ihren konjunkturellen Erholungskurs fort – allerdings nur langsam und von einigen Risiken begleitet.

BERLIN/ERFURT. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in den kommenden zwei Jahren mit einem moderaten Wachs-

tum. Im Frühjahrsgutachten für die Bundesregierung prognostizieren die Institute für 2010 einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 Prozent und für 2011 ein Plus von 1,4 Prozent. „Der Weg zu einem nachhaltigen Aufschwung ist noch lang und steinig“, sagt der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Erfurt, Gerald Grus-

ser. Der Erholung fehle die Durchschlagskraft, so dass sie in kleinen Schritten erfolge.

Trotz der guten Nachrichten aus der Thüringer Industrie in den letzten Wochen liege die Produktion noch erheblich unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008. „Wir müssen uns darauf einstellen, dass der Anpassungsprozess noch gut drei Jahre dauert. Derzeit wird der

Aufschwung vom Export getragen. Aufgrund ihrer geringeren Auslandsorientierung dürfte die regionale Wirtschaft deshalb weniger am Aufwärtstrend teilhaben als die westdeutsche“, gibt der IHK-Chef zu bedenken. In wichtigen Abnehmerländern der Thüringer Exporteure, wie Italien, den Vereinigten Staaten oder Spanien, seien die Folgen der Fi-

nanzkrise noch deutlich zu spüren. Aber auch die Binnenkonjunktur stagniere. Einzelhandel und Gastronomie im Freistaat hätten im ersten Quartal weitere Umsatzeinbußen verkraften müssen. „Deshalb besteht die Gefahr, dass das Wirtschaftswachstum in Thüringen 2010 noch unter dem Bundesdurchschnitt von 1,5 Prozent liegt“, so Grusser.

ZUR SACHE

Berlin. (ddp/tlz) Das von der Bundesregierung bei führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Auftrag gegebene Frühjahrsgutachten 2010 mit dem Titel „Erholung setzt sich fort – Risiken bleiben groß“ umfasst folgende Eckpunkte:

Arbeitslosen soll von durchschnittlich 3,423 Millionen im vergangenen Jahr auf 3,382 Millionen in diesem Jahr sinken. Die Arbeitslosenquote würde damit in diesem Jahr wie 2009 bei 7,8 Prozent liegen.

■ WACHSTUM

Die Forscher rechnen mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent in diesem und 1,4 Prozent im nächsten Jahr. Im vergangenen Jahr war die deutsche Wirtschaft um 5,0 Prozent eingebrochen.

■ PREISE

Die Ökonomen erwarten einen stärkeren Anstieg der Verbraucherpreise. Nach einer Inflationsrate von 0,4 Prozent im vergangenen Jahr rechnen sie für 2010 mit einer Zunahme von 0,9 Prozent.

■ ARBEITSMARKT

Die Experten rechnen mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der

■ STAATSDEFIZIT

Die Lage der öffentlichen Haushalte soll sich weiter verschlechtern. Die Defizitquote dürfte in diesem Jahr bei 4,9 Prozent liegen, nach 3,3 Prozent im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr sei mit einem Rückgang der Quote auf 4,2 Prozent zu rechnen.

■ GELDPOLITIK

Die Finanzpolitik sollte nach Auffassung der Forscher 2011 auf einen Konsolidierungskurs einschwenken. Voraussichtlich werde sich die konjunkturelle Lage dann so weit gefestigt haben, dass die Erholung durch einen Sparkurs nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt würde, das dies einen Rückfall in eine Rezession bedeuten könnte.

Wirtschaft erholt sich schleppend

Prognose: 1,4 Prozent Wachstum im kommenden Jahr

Berlin. (apn/tlz) Die deutsche Wirtschaft erholt sich nach Einschätzung der führenden Forschungsinstitute nur schleppend von der scharfen Rezession. Die Wirtschaftsleistung wächst laut ihrer Frühjahrsprognose dieses Jahr um 1,5 Prozent und im nächsten Jahr um 1,4 Prozent. Weiter erklärten die Wissenschaftler am Donnerstag, das Risiko neuer Rückschläge bleibe weiterhin groß. Gründe sind das unsichere weltwirtschaftliche Umfeld und die weiter schwierige Lage im Bankensektor.

■ Weniger Arbeitslose prognostiziert

Trotz der zähen Erholung erwarten die Forschungsinstitute einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen soll im Jahresdurchschnitt auf 3,382 Millionen sinken, das wären etwa 40000 weniger als 2009. Und

auch fürs kommende Jahr zeigt die Kurve nach unten: Erwartet wird ein Schnitt von 3,313 Millionen Jobsuchenden.

Zum Vergleich: In ihrem Herbstgutachten hatten die Ökonomen für 2010 noch einen Anstieg auf gut vier Millionen Arbeitslose erwartet. Nun bilanzierten sie: „Der Arbeitsmarkt hat sich seit Beginn der Rezession als erstaunlich robust erwiesen.“ Erstens horteten viele Firmen bewusst fähige Fachkräfte und setzten auf Kurzarbeit, und zweitens profitiere der Jobmarkt von den geringen Lohnsteigerungen der letzten Jahre.

Die Verbraucherpreise sollen nur moderat steigen: Die Inflationsrate beträgt laut der Gemeinschaftsdiagnose 0,9 Prozent in diesem Jahr und 1,0 Prozent im kommenden Jahr.

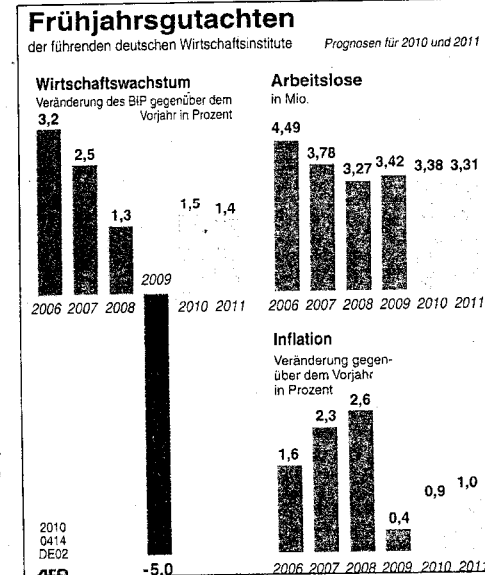
Das Wachstum der deutschen Wirtschaft bleibt auf Jahre hinaus dürftig. Das

Bruttoinlandsprodukt wird nach der Vorhersage erst 2013 wieder das Niveau des Jahres 2008 erreichen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte bleibt den Ökonomen zufolge ernst. Die gesamtsstaatliche Defizitquote schnellte nach ihrer Vorhersage 2010 auf 4,9 Prozent empor, und auch 2011 liegt sie mit 4,2 Prozent deutlich über der Drei-Prozent-Obergrenze des Euro-Stabilitätspakts.

■ Experten empfehlen Konsolidierungskurs

Die Wissenschaftler empfehlen daher der Bundesregierung, 2011 auf einen Konsolidierungskurs einzuschwenken. Kritisch bewerteten sie, dass die Regierung zurzeit nicht offenlegt, wie sie das Defizit und die Rekordneverschuldung konkret senken will. Die Institute empfahlen, vor allem Finanzhilfen und Steuervergünstigungen abzu-



Um 1,5 Prozent wachsen soll die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr nach Ansicht der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Für das kommende Jahr gehen die Ökonomen von einem Plus um 1,4 Prozent aus. Grafik: apf

schmelzen. In der Diskussion über Hilfen und Kredite für das hoch verschuldete Griechenland vertraten die Wirtschaftsinstitute die Auffassung, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) dabei

„eine wichtige Rolle“ einnehmen sollte.

Er verfüge über eine große Erfahrung und könne glaubwürdiger als die EU-Staaten drohen, falls das Land Auflagen missachte.

Bauwirtschaft wächst kaum

Gravierende Folgen der Finanzkrise

München. (apn/tlz) Die Bauwirtschaft in Deutschland wird nach einer Prognose des Münchner Wirtschaftsforschungsinstituts ifo in den kommenden zehn Jahren kaum noch wachsen. Das Bauvolumen werde nur um ein halbes Prozent zunehmen, sagten die Wirtschaftsforscher voraus.

Der Wohnungsbau leide unter den Folgen der Wirtschaftskrise, erklärte das ifo-Institut. Langfristig werde dieser Zweig aber von der steigenden Anzahl von Single-Haushalten profitieren und mit einem jährlichen Zuwachs von einem Prozent am stärksten wachsen. Umgekehrt dagegen verlaufe die

Entwicklung beim öffentlichen Bau: Dank der staatlichen Konjunkturlösungen sei dieses Jahr „mit einem Wachstum von gut zehn Prozent zu rechnen. Ab 2011 dürften die öffentlichen Bauausgaben jedoch für mehrere Jahre schrumpfen“. Viele Verkehrsprojekte seien nur zeitlich vorgezogen worden, und die öffentlichen Kassen seien desolat.

Im gewerblichen Bau werde sich zudem die Rezession voll bemerkbar machen. „Die allenfalls moderaten Konjunkturaussichten dürften mittelfristig nur wenige Firmen zu Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen veranlassen“, heißt es weiter.

Ostthüringer Zeitung vom 17.04.2010

Gutachten-Kosten nicht auf Mieter umlegbar

Aufwendungen nur Sache des Eigentümers

Mainz (ddp). Ein Vermieter darf die Kosten für ein Gutachten zur geplanten Mieterhöhung nicht auf die Mieter abwälzen. Das entschied vor kurzem das Landgericht Mainz.

In dem Fall hatte der Eigentümer einer Immobilie ein privates Sachverständigengutachten erstellen lassen, um danach zu entscheiden, ob und in welcher Höhe er die Miete heraufsetzen könne. Dieses Gutachten hatte er sei-

nem Mieterhöhungsverlangen beigelegt. Die Kosten dafür wollte er auf die Mieter umlegen, die allerdings dagegen klagten.

Das Gericht gab den Mietern schließlich Recht. „Die Kosten eines solchen Gutachtens, ... sind Aufwendungen für eine wirtschaftliche Vermögensverwaltung und deshalb in aller Regel nicht ersetzbar“, urteilten die Richter.

(AZ: 3 T 16/04)

Energiepreise blieben stabil

HEIDELBERG.

Die Preise für Strom und Gas sind nach einer Erhebung des Verbraucherportals Verivox in den ersten drei Monaten des Jahres im Schnitt stabil geblieben. Beim Strom habe die Mehrheit der Grundversorger die Preise konstant gehalten, rund sechs Prozent hätten die Preise gesenkt. Auch die meisten Gas-Grundversorger hielten die Preise laut Verivox im ersten Quartal konstant. 108 Grundversorger senkten demnach die Preise, 124 Versorger erhöhten sie. Für Strom muss ein Haushalt im Schnitt 956 Euro im Jahr zahlen. Für Gas sind es 1192 Euro. AFP